

Tagesthema

DOPPELPASS – Union und SPD streiten sich über das Staatsbürgerschaftsrecht. Die SPD will Migranten zwei Pässe zugestehen, die Union nicht. Derzeit müssen sich Türken mit 25 für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Unser Beispiel zeigt: Das ist schwer.

Deutsch auf Abruf

BERLIN
„Die Türkei ist genauso meine Heimat“

VON KATHY STOLZENBACH

Keremcan Büyükkas hat zwei Heimatländer. Er ist Deutscher und Türke. „Wenn ich in Berlin bin, habe ich Heimweh nach Ankara. Und wenn ich in der Türkei bin, habe ich Heimweh nach Deutschland“, sagt er. Keremcan Büyükkas hat zwei Heimatländer, aber bald wird er in einem davon Ausländer sein. Der 22-Jährige muss in den nächsten sechs Monaten einen seiner beiden Pässe abgeben. Dann wird er 23 – damit endet die Frist, bis zu der er sich für eine Staatsbürgerschaft entscheiden muss.

Die Entscheidung ist für Keremcan Büyükkas längst gefallen: „Ich werde die deutsche Staatsbürgerschaft behalten.“ Das steht für ihn fest, seit er im Alter von 16 Jahren in Deutschland eingebürgert wurde. Zu dem Zeitpunkt wurde er erstmalig damit konfrontiert, dass er langfristig nur einen der beiden Pässe behalten können wird.

Keremcan Büyükkas wurde in Berlin geboren. Sein Vater kam im Alter von sechs Jahren nach Deutschland, seine Mutter erst, als sie schon älter war. Vermutlich war auch das der Grund dafür, warum die Eltern sich in der Pass-Frage unterschiedlich entschieden haben: Der Vater ist auf dem Papier Deutscher, die Mutter Türk. Für Keremcan Büyükkas waren es vor allem pragmatische Gründe, die zur Entscheidung für den deutschen Pass geführt haben: „Ich bin hier geboren und aufgewachsen, lerne und studiere hier und möchte in Zukunft hier arbeiten.“ Auch in seinem Freundeskreis entscheiden sich die meisten für den deutschen Pass. In bürokratischen Dingen erleichtert das vieles. „In meinem Fußballverein müssen diejenigen, die nur einen türkischen Pass haben, viel länger auf ihre Lizenz warten.“

Verlust eines Teil der Identität

Der Student des Wirtschaftsingenieurwesens kann nicht ausschließen, dass er einmal in der Türkei leben möchte. „Deshalb würde ich am liebsten beide Pässe behalten.“ Den türkischen Pass abgeben zu müssen, fällt ihm schwer. „Die Türkei ist genauso meine Heimat wie Deutschland. Kein türkischer Staatsbürger mehr zu sein, bedeutet für mich, ein Stück Identität abzugeben.“

Der junge Berliner verbringt jedes Jahr mehrere Wochen in der Türkei, vor allem in Ankara, wo viele seiner Verwandten leben. Sie haben Verständnis für seine Entscheidung. Der 22-Jährige hat sich mit seiner Familie darüber beraten. Als ich zum ersten Mal in der Botschaft war, um die Formalitäten zu klären, habe ich mich mies gefühlt. Ich hatte ein schlechtes Gewissen, dass ich die Türkei mit meiner Entscheidung verlor. „Ich werde Keremcan Büyükkas mit leiser Stimme. Doch die Beamten dort seien sehr freundlich gewesen und hätten ihm nicht das Gefühl gegeben, ein Verräter zu sein.“

Am meisten stört Büyükkas, dass Menschen aus EU-Ländern nicht zu dieser Entscheidung gezwungen werden. „Ich finde die Regelung nicht transparent und versteht nicht, warum es für manche Menschen, etwa Profifußballer, Ausnahmen gibt. Das finde ich ungerecht.“

In den nächsten Wochen stehen erst einmal einige Klausuren an. Danach will der 22-Jährige den letzten Schritt gehen und den Pass im Konsulat abgeben. Ich muss mich damit abfinden. Wenn ich jünger wäre, würde ich warten, ob sich in naher Zukunft etwas an der gesetzlichen Regelung ändert.“ Keremcan Büyükkas hat den letzten Schritt möglichst lange hinausgezögert – obwohl seine Entscheidung schon seit Jahren feststeht. Er hofft, dass er seinen türkischen Pass zumindest als Andenken behalten darf.



Deutsch? Oder türkisch? Dieser Fußballfan mochte sich nicht entscheiden.

VON MIRA GAJEVIC

Das die Einigung auf einen Mindestlohn schwierig werden würde, wussten Union und SPD schon vor den Koalitionsverhandlungen. Auch das Steuer-Thema, ganz heikel. Dass sich aber die doppelte Staatsbürgerschaft zum Knackpunkt in den schwarz-roten Gesprächen entwickeln würde, das war zumindest nach den Sondierungen nicht absehbar. Denn damals hatte ausgerechnet CSU-Chef Horst Seehofer ein Umdenken in der Flüchtlings- und Ausländerpolitik in Aussicht gestellt. Selbst beim Doppelpass sei man gesprächsbereit, versprach er und brüskierte damit seinen Parteifreund und Innenminister Hans-Peter Friedrich.

Doch das ist überholt. Ungläubig registrierte die Sozialdemokraten zuletzt, dass von der anfänglichen Offenheit nicht viel übrig geblieben ist, vor allem nicht, wenn es um den leidenschaftlich umkämpften Doppelpass geht. Für die SPD ist die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für Nicht-EU-Bürger ein zentrales Thema, das Parteichef Sigmar Gabriel sogar zu einer Bedingung für ein Zustandekommen der großen Koalition gemacht hat.

Der Union ist das Thema zwar keine Unterschriftenkampagne mehr wert wie 1999, als Roland Koch die hessische Landtagswahl mit einer Unterschriftensammlung gegen den Doppelpass gewann. Doch eine generelle Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit kommt für viele Konservative noch immer nicht in Frage. Ihr Sprachrohr ist der CSU-Mann Friedrich, der durch einen Doppelpass eine „langfristige Veränderung der Identität der deutschen Gesellschaft“ fürchtet. Dass es ihm vor allem um türkischstämmige Migranten geht, verhehlt er nicht. „Wenn wir Millionen von Menschen die doppelte Staatsbürgerschaft geben, die sie weitervererben, werden wir eine dauerhafte türkische Minderheit in Deutschland haben.“

Die Fronten sind inzwischen verneigt. Nachdem sich die zuständige Arbeitsgruppe mit den Verhandlungsführern von SPD und Union, Thomas Oppermann und Friedrich, nicht einigen konnte, wird die Frage des Doppelpasses nun womöglich erst Ende November in der Runde der drei Parteivorsitzenden geklärt werden. Dass sich die SPD aber mit weniger als der Abschaffung des Optionszwangs für

Einbürgerungen in Deutschland



Mehr als zwei Millionen Menschen, darunter 500 000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, wurden seit dem Jahr 2000 eingebürgert. Damals trat das neue Staatsbürgerschaftsrecht in Kraft.

In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit



junge Deutsche mit Migrationshintergrund zufrieden geben wird, ist schwer vorstellbar.

Seit der rot-grünen Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 werden hier geborene Zuwandererkinder zwar zu Deutschen, behalten aber zunächst auch die Staatsangehörigkeit der Eltern. Zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr müssen sie aber einen ihrer beiden Pässe aufgeben. Dieser Optionszwang hatte damals die Union über den Bundesrat nach Roland Kochs Wahlsieg durchgesetzt.

Das heißt nicht, dass es keine Doppelpässe gibt. Von den etwa 100 000 Menschen, die allein 2011 eingebürgert wurden und einen deutschen Pass erhielten, konnten laut Statistischem Bundesamt gut 50 Prozent auch ihren alten Pass behalten. Denn der Optionszwang gilt nur für einige Staaten wie die Türkei, Serbien oder Bosnien. Bürgern aus EU-Staaten und der Schweiz steht Deutschland grundsätzlich zwei Pässe zu. Darüber hinaus können auch Bürger vieler anderer Länder neben ihren ursprünglichen Papieren ohne größere Umstände einen deutschen Ausweis bekommen, wenn sie prinzipiell nicht aus der Staatsangehörigkeit ihrer alten Hei-

mat entlassen werden. „Das ist eigentlich eine Lex Türkei“, sagt deshalb SPD-Verhandlungsführer Oppermann. Was die Union mit der Loyalität zu einem Land begründet, ist allerdings auch für Experten ein bürokratischer Irrsinn, der zudem verfassungsrechtlich fraglich ist. Der Aufwand ist enorm und entspricht einem vollständigen Einbürgerungsverfahren.

SPD-Zerreiße für junge Leute
 Bis 2017 müssen sich jährlich zwischen 3 000 und 7 000 junge Frauen und Männer für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Ab 2018 werden dagegen jährlich rund 40 000 junge Erwachsene bundesweit optionspflichtig – sie sind Deutsche auf Abruf, klagen Migrationsverbände. Für Oppermann passt das nicht in eine Zeit, in der man um Zuwanderer werben muss. „Wir wollen Einbürgerungen, nicht Ausbürgerungen.“

Die SPD hätte denn auch eine einfache Antwort auf eine Frage, die Seehofer noch vor zwei Wochen im Magazin Spiegel aufgeworfen hatte: „Ich frage mich, ob es noch Sinn macht, die jungen Leute zwischen 18 und 23 Jahren durch diese Zerreiße zu jagen.“ Macht es nicht, glauben die Sozialdemokraten.

MENTALITÄTSWECHSEL

„Das ist eines Einwanderungslandes unwürdig“

Professor Bade, muss man sich die deutsche Staatsbürgerschaft durch Integration verdienen? Damit begründet Innenminister Hans-Peter Friedrich den Optionszwang.

Menschen mit türkischem Migrationshintergrund gelten oft auch nach der Übernahme der deutschen Staatsangehörigkeit noch immer als „Türken“, nach dem Motto: Deutscher kann man nur sein, aber nicht werden. Es wird Zeit, dass sich auch Politiker von dieser Einstellung trennen. Es ist ein Missverständnis zu glauben, dass die Gewährung der Staatsangehörigkeit gewissermaßen das Abiturzeugnis der Integration sei.

Friedrich leitet seine Ablehnung des Doppelpasses aus der Furcht ab, dass dadurch die Identität der deutschen Gesellschaft bedroht werde.

Friedrich hat, wieder einmal, gesellschaftspolitisch nichts begriffen. Es geht um die Identität der Einwanderungsgesellschaft, die alle Menschen einschließt, ob nun mit oder ohne Migrationshintergrund. Eine doppelte Staatsangehörigkeit führt nicht zu Identitätsproblemen, sonst würden über 90 Prozent der eingebürgerten EU-Bürger, die zwei Pässe haben, und mehr als 50 Prozent aller Eingebürgerten, die die doppelte Staatsangehörigkeit besitzen, darunter leiden. Die doppelte Staatsangehörigkeit führt also weder zu kollektiven noch zu individu-

ellen Identitätsproblemen, vielmehr abgesehen von Herrn Friedrich, für den „die Türken“ offensichtlich nach wie vor die Inkarnation des Fremden sind.

Für den Innenminister ist es aber ein Beleg für den Erfolg des Optionsmodells, dass sich bislang 90 Prozent der betroffenen Jugendlichen für den deutschen Pass entschieden haben.

Ich habe damals als Beirat im Bundesamt für Migration davor gewarnt, zu diesem Zeitpunkt diese Umfrage zu machen. Mir war klar, dass die Ergebnisse politisch missbraucht werden könnten. Genau das passiert jetzt. Die Zahlen können nicht verallgemeinert werden. Die Jugendlichen, die sich bis spätestens 2013 für eine Staatsbürgerschaft entscheiden mussten, sind 1990 unter eine Sonderregelung gefallen, nach der auf Antrag der Eltern auch in Deutschland geborene Kinder bis zu zehn Jahren nach dem deutschen Pass bekommen konnten. In diesen Familien gab es also ein unbedingtes Interesse an der deutschen Staatsangehörigkeit. Die echten Problemfälle kommen erst ab diesem Jahr, also 23 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes.

Nach ist offen, ob Friedrich in der nächsten Bundesregierung wieder Innenminister wird. Würde es dann mit einem Wechsel an der Spitze des Hauses gehen?



ZUR PERSON
 Klaus J. Bade, 69, ist emeritierter Professor für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück.

Der 1944 im Elsass geborene und jetzt in Berlin lebende Historiker beschäftigt sich besonders mit dem Thema Einwanderung. Sein jüngstes Buch „Kritik und Gewalt“ geht auf den Streit um Integrationsfragen ein.

Auf sein Konzept ist der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration zurückzuführen, dessen Gründungsvorsitzender er von Ende 2008 bis Mitte 2014 war.

Ich hoffe sehr, dass er nicht Bundesinnenminister bleibt. Er war mit diesem Amt von Anbeginn überfordert. Es reicht aber nicht, den Minister auszutauschen. Wir sollten die Themen Migration und Integration aus dem Bundesinnenministerium und damit aus dem Schatten von Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr rücken und sie in einem Querschnittsministerium bündeln.

Es sieht nicht so aus, als ob die große Koalition den Hinweis aufnimmt.

Das ist ein Fehler, denn der institutionelle Wildwuchs ist kaum noch zu überschauen. Derzeit sind der Innenminister, das Bundesamt für Migration, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, das Auswärtige Amt, das Arbeitsministerium und andere Ressorts teilzuständig, die jeweils noch Beauftragte für Integrationsfragen haben. Damit das überhaupt noch überblickt werden kann, gibt es inzwischen einen interministeriellen Ausschuss. Der ist aber institutionell nicht zureichend verankert. Es gibt nicht einmal einen Migrations- und Integrationsbericht aus einem Guss, weil der Migrationsbericht in Nürnberg und der Integrationsbericht in Berlin geschrieben wird. Das ist eines Einwanderungslandes unwürdig.

In den Koalitionsverhandlungen erweist sich der Doppelpass als Streitthema. Die Union ist allenfalls be-

reit, das Betroffene ihr Leben lang zur deutschen Staatsbürgerschaft zurückkehren dürfen.

Diese Vorschläge sind geradezu abstrus. Das gilt auch für das Modell, die Altersgrenze bis zur Entscheidung über den Doppelpass bis zum 30. Lebensjahr anzuhäufen. Das würde die Probleme nur verschlimmern. Beispiel: Jemand, der 30 Jahre alt und verbeamtet ist, müsste dann aus dem Staatsdienst ausscheiden. Oder stellen Sie sich vor, ein 30-jähriger Vater mit drei Kindern verliert die deutsche Staatsbürgerschaft, während seine Kinder diese, weil erbet, behalten dürfen. Das ist ein absurdes Theater.

Was würden Sie vorschlagen?

Als erstes müsste man das Optionsmodell abschaffen und das umsetzen, was ursprünglich im Entwurf des rot-grünen Staatsangehörigkeitsgesetzes stand, nämlich die bedingte Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit. Wenn das bei den Koalitionsverhandlungen gar nicht durchzusetzen wäre, könnte man den Vorschlag des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration aufnehmen. Der sieht vor, dass ein in Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern neben der deutschen auch die ererbte Staatsangehörigkeit der Eltern behalten, sie aber nicht weiter vererben kann.

Das Gespräch führte Mira Gajević.